

Bezugpreis:

Wochenblatt 180.- M., monatlich 60.- M. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wort und Tat“ ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Freitag, den 14. Juli 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreis:

Die einseitige Komposition ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Lloyd George über das Moratorium.

London, 13. Juli. (W.T.B.) In Erwiderung auf eine Anfrage erklärte Lloyd George im Unterhaus ...

Nur 25 Proz. des Vorkriegs-Außenhandels!

London, 13. Juli. (W.T.B.) Heute wurde ein amtlicher Bericht über den Empfang von Vertretern der englischen Fabrikantenunion bei Lloyd George veröffentlicht ...

Die Lage des deutschen Außenhandels sei nicht so rosig, wie dies einige Mitglieder des Komitees anzunehmen scheinen.

Die Antwort der Entente.

Die Reparationskommission übermittelte der deutschen Regierung eine Antwortnote auf ihr Gesuch um einen Zahlungsaufschub ...

Blutheker und Unschuldslämmer

Deutschnationale Redner und Blätter haben in Bekämpfung des Gesetzes zum Schutze der Republik geglaubt, sich auf das Sozialistengesetz berufen zu können ...

Das Reichskriminalgesetz angenommen.

Wie wir erfahren, ist in der gestrigen Sitzung des Reichsrats das Reichskriminalgesetz ...

Die Verfolgung der Rathenau-Mörder.

Cardlegen, 13. Juni. (Sig. Drahtbericht.) Alles in allem ist man seit Dienstag nicht vorwärts gekommen ...

Die Verfolgung der Rathenau-Mörder.

Die Verfolgung der Rathenau-Mörder. Cardlegen, 13. Juni. (Sig. Drahtbericht.) Alles in allem ist man seit Dienstag nicht vorwärts gekommen ...

Der Verfasser erklärt sodann, man werde sich früher oder später davon überzeugen, daß gegen die Sozialdemokratie mit juristischen und sozialpolitischen Waffen allein nicht erfolgreich zu kämpfen, sondern das wirklich Kriegsführen unvermeidlich sei, denn: „Der sozialdemokratischen Gefahr gegenüber befinden sich Staat und Gesellschaft im Zustande der Notwehr ...“

als Blut und Eisen. Ja, wissen denn unsere Gegner ein anderes, das Erfolg verspricht? Dann würde es doch ihre Pflicht und Schuldigkeit sein, es öffentlich mitzuteilen. Bisher warten wir vergebens darauf, und wenn die Sozialdemokratie durch neue Maßregeln nach Art des Sozialistengesetzes zur Verwilderung gelockt werden und zu einem gewalttätigen Angriff auf Staat und Gesellschaft sich hinreißt, so wären zwar die Opfer der Abwehr dieses Angriffes sicherlich zu bebauern, aber wenn danach die Sozialdemokraten an der Ausführbarkeit ihrer Utopien schließlich verzweifeln, so würde das doch nur ein Vorteil für das Deutsche Reich sein und jedes Ausnahmegesetz, das zu dieser Entwicklung beitragen würde, wäre damit allein schon gerechtfertigt.

Das war das offene Bekenntnis zu dem „ordnungspolitischen“ Programm des Reichstages und der ihm verbündeten reaktionären Parteien. Herbert Bismarck legte dieses Bekenntnis ab in einer Zeit, als die Propaganda für neue ausnahmsweise Vergewaltigung der Sozialdemokratie wieder hohe Töne schlug. Nichts gelten der Reaktion die Lehren, die die Herrschaft des Sozialistengesetzes vor aller Welt gegeben hatte. Die Handhabung dieses Gesetzes durch Polizei und Justiz unter der Direktion der preussischen Regierung, vor allem des Polizeiministers von Pückler, war die denkbar niederträchtigste und brutalste. Man muß jene Zeit als leidender Teil mit durchlebt und durchkämpft haben, um die, allem gesunden Rechtsempfinden, aller Vernunft hohnsprechende provokatorische Behandlung der Sozialdemokratie und der Arbeiterklasse überhaupt im vollen Maße gebührend zu würdigen als ein einziges großes Verbrechen am deutschen Volke und an der Menschheit. Ein in der Geschichte der Reaktion beispiellos dastehender Polizeianarchismus entwickelte sich im Zusammenhange mit einer höchst böswärtigen Klassenjustiz. Tausende ehrlicher Menschen wurden durch infam gewissenlose, auf Provokation der Arbeiter zum Gewaltkampf berechnete, willkürliche Anwendung der Bestimmungen des Sozialistengesetzes in den Augen der herrschenden Klassen zu „Verbrechern an Staat und Gesellschaft“ gestempelt, um Freiheit, Existenz und Familienglück gebracht. Die Polizei selbst war es, die unter Direktion der preussischen Regierung den Anarchismus, die „Propaganda der Tat“ nach Kräften förderte. Die Polizei selbst stützte durch ihre Agenten zu Attentaten und sonstigen Verbrechen an. Als Meister in dieser Taktik treten unter anderen hervor: der Polizeirat Dr. Rumpf in Frankfurt a. M. und Polizeikommissar Engel in Altona. Ersterer gehörte zu den Arrangeurs des Attentats am Riederwalddenkmal und stiftete Attentatsversuche gegen sich selber an. Der Polizeikommissar Engel ließ durch seinen Leibpöbel, den Blausärber Wichmann, die brutalsten Anreizungen zu blutiger Gewalttat in das Organ des Anarchisten Hans Moß, die „Freiheit“ in London, lancieren.

Und warum die infam verbrecherische Taktik? Um den herrschenden reaktionären Gewalten und Parteien Vorwände zur Rechtfertigung des Schandgesetzes zu liefern. Dieses Gesetz war nicht darauf gerichtet, Verbrechen zu verhindern, sondern unter förmlicher Zuchtung gemeinschaftlicher Verbrechen die Ideen der Demokratie und des Sozialismus zu vernichten. Es gelang der Reaktion allerdings nicht, die sozialdemokratische Arbeiterklasse zur Verweigerung, zum Gewaltkampfe zu treiben; sie siegte ohne Anwendung von Gewalt über die Gewalt herrschaft der Reaktion.

Damit vergleiche man jetzt das Gesetz zum Schutze der Republik gegen eine Propaganda der Tat, mit der verglichen die des Hans Moß und seiner Anhänger als eine harmlose zu betrachten ist. Die deutschvölkische Propaganda hat den politischen Werd in ein beispiellos dastehendes System gebracht, das mit den Interessen des Volkes nicht einmal ideell die allergeringsten Berührungspunkte hat. Die Bismarcksche Reaktionspolitik nahm das Recht der Notwehr fälschlich in Anspruch gegen die großen Kulturkämpfer Demokratie und Sozialismus; sie reizte erfolglos zum Bürger-

krieg an zugunsten unhaltbar gewordener dynastischer und Klassen-Interessen.

Unsere jetzigen Rechtskonservativen mit ihren Würdliken aber erklären es als eine „unerhörte Verge-waltigung“, daß die Republik, die das Sündenregister des alten Systems zu liquidieren hat, zu ihrem Schutze gegen die hochverräterische Mordpropaganda das Strafrecht in einem Spezialgesetz weiter ausgestaltet. Die Gegner des im höchsten nationalen Interesse gebotenen Schutzes mögen aufhören, unter Verleumdung und Verdrehung der Tatsachen sich auf das Sozialistengesetz zu berufen. Sie waren und sind Bluthäter, stellen sich aber wie Unschuldslämmer!

Völkische und Nationale.

Der Richtungsstreit in der Rechten.

Die Deutschnationale Partei hat es befanntlich nicht mehr vermocht, die „völkischen“, d. h. extrem antisemitischen und gewalttätigen Elemente in ihren Reihen loszuwerden. Sie kann dieses frische Glied nicht mehr abknipfen, ohne die ganze Partei in eine plötzliche Katastrophe zu stürzen, obwohl sie selber weiß, daß sie dadurch mit dem schlimmsten Geschwür der politischen Nordbündel befaßt bleibt. Die „Völkischen“ sind aber damit nicht zufrieden, daß sie weiter in der Deutschnationalen Partei ihr schützendes Dach finden, sie sind vielmehr höchst erbittert darüber, daß sich die deutschnationalen Führer nicht völlig mit ihnen und ihrem verbrecherischen Treiben solidarischer wollen.

So veröffentlicht das „Deutsche Abendblatt“, das sogenannte Walle-Blatt, einen „Cato“ unterzeichneten Artikel, in dem in höchstem Tone über das Verhalten Hergts, Düringers und des Landesverbandes Weller-Ems, der den völkischen Herren Henning überschüttete, bittere Klage geführt wird. Hergt hätte nach Catos Meinung erklären müssen, die „Völkischen“ seien die Kerntruppe der Partei, und diese werde noch weit „völkischer“ sein als bisher. Das gleiche wird von Düringer verlangt, dessen „restlos vornehme Kampfesweise“ mit Hohn übergossen wird, und dem Deutschnationalen Landesverband Weller-Ems wird der Vorwurf gemacht, er sei „einem schwer und grundlos angegriffenen Abgeordneten in den Rücken gefallen“.

Das ist der Dank, den die „Völkischen“ den „Nationalen“ dafür abstaten, daß sie ihnen ihren Schutz gewähren. Die Frechheit der Rechtsradikalsinns könnte nicht so groß sein, wenn sie nicht wüßten, daß sie die Deutschnationale Partei vollständig in der Tasche haben.

Schutzwall für reaktionäre Beamte.

Der Rechtsausschuß des Reichstages führte am Donnerstag die erste Lesung des Gesetzesentwurfes über die Pflichten der Beamten zu Ende. Während sich noch am gestrigen Mittwoch bei den bürgerlichen Koalitionsparteien die Tendenz bemerkbar machte, einen wirklichen Schutz der Republik gegen sabotierende Beamte zu schaffen, trat am Donnerstag ein Schutzwall für die reaktionären Beamten in Erscheinung, der von den Deutschnationalen bis zum Zentrum einschüßlich reichte. Zuwor wurde die Abstimmung über die Errichtung des Disziplinarrates bis zur zweiten Lesung ausgesetzt, jedoch haben sich das Zentrum und die rechts von ihm stehenden Parteien bereits gegen ihn ausgesprochen. Der wichtigste Teil der Regierungsvorlage ist also gefährdet, ohne daß irgendein Erfolg dafür geboten wird. Die Anträge Steinops (Soz.) und Gen., die Disziplinarräte anders aufzubauen, und in ihnen dem Volkelement mehr Geltung, besonders aber den Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen Sitz und Stimme zu verschaffen, wurde abgelehnt. Ebenso die Anträge, daß die Disziplinarräte bis zum Ende des neuen allgemeinen Disziplinargesetzes vom Reichspräsidenten zu ernennen sind.

Als einzige Konzession fand der Antrag Steinops und Genossen Annahme, nach dem sämtliche Disziplinarräte zum 1. September 1922 neu besetzt werden müssen. Allerdings soll der Reichsrat die Mitglieder nach wie vor wählen. Die Artikel II

und IV, die den Kreis derjenigen Beamten, die zur Festlegung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform jederzeit auf Vortage gestellt werden können, erweitern, wurden angenommen.

Die zweite Lesung des Gesetzesentwurfes erfolgt am Freitag. Bringt sie in den entscheidenden Punkten keine wesentlichen Verbesserungen, so dürfte bei den sozialistischen Parteien für die Annahme des Entwurfs wenig Neigung vorhanden sein.

Auflösung des „Stahlhelms“.

Der Preussische Minister des Innern Sebering hat folgende Verfügung erlassen:

Nachdem der Oberpräsident von Sachsen unterm 2. Juli 1922 die Landesleitung, die Gauleitung sowie die Ortsgruppen in der Provinz Sachsen der Organisation „Stahlhelm“, Bund der Frontsoldaten“, aufgelöst hat, löse ich auf Grund der §§ 1 und 2 der Verordnung zum Schutze der Republik vom 28. Juni 1922 (RGBl. I S. 621) sämtliche weiteren Gauleitungen, Orts- und Bezirksgruppen dieser Vereinigung hiermit auf.

Diefer sind demnach für das preussische Staatsgebiet die folgenden Organisationen aufgelöst worden: „Verband nationalgesinnter Soldaten“, „Bund der Aufrechten“, „Deutschvölkischer Schutz- und Trugbund“ und „Der Stahlhelm“.

Neue Regierungskrise in Braunschweig.

Braunschweig, 13. Juli. (W.F.B.) In der heutigen Sitzung des Landtages wurde das Mißtrauensvotum der Unabhängigen gegen den Deutschen Volkspartei angehörenden Minister Kaefer verhandelt. Der Redner der Unabhängigen kritisierte die Politik der Deutschen Volkspartei und griff dann den Minister Kaefer persönlich an, weil dieser Mitglied der Organisation Stahlhelm sei. Er bezweifelte, daß die Regierung zu ernstlichen Maßnahmen greifen werde, weil eben eines ihrer Mitglieder dieser Organisation angehöre. Die Redner der Deutschen Volkspartei und auch der Demokraten traten beide für den Minister Kaefer ein und erklärten, daß er niemals den Versuch gemacht habe, irgendeine Regierungsmöglichkeit zu durchkreuzen. Minister Rönneburg erklärte das Mißtrauensvotum für abgelehnt. Minister Kaefer, er wolle, um den Landtag vor einer Abstimmung zu bewahren, im Einverständnis mit seiner Fraktion freiwillig sein Amt niederlegen. Er erklärte ferner, daß die Deutsche Volkspartei und die ihr angeschlossenen wirtschaftlichen Vereinigungen aus der Regierungskoalition ausscheiden. Daraus wurde der Antrag der USP. zurückgezogen und der Präsident schloß die Sitzung.

Der Waffensfund im Marinearsenal.

Miel, 13. Juli. (W.F.B.) Zu dem Waffensfund im Marinearsenal geht aus folgender amtlicher Bericht der Disziplinarkommission zu: In dem Arsenal Miels, der Waffenslagerstelle für die Marine im Ostseebereich, wurden vom 8. bis 10. Juli von der Kontrollkommission der Entente etwa 250 Waffengewehre gefunden. Sämtliche Waffengewehre sind in nicht gebrauchsfähigem Zustand, da zum größten Teil die Schließer und auch andere Teile fehlen. Außerdem sind die meisten Waffengewehre verrostet. Ferner wurden im weiteren Verlaufe der Revision etwa 600 Gewehre, eine Anzahl Zubehör- und Reserveartikel für Verwundet- und Wundereinrichtungen der Schiffsartillerie und sonstige Inventarstücke gefunden, die für die Entente pflichtmäßig festgelegt sind. Sowohl das Stations- als auch das Arsenalpersonal sind von diesem Fund überrascht worden. Es wurden sofort Untersuchungen angeordnet, die zurzeit noch nicht abgeschlossen sind. Die Rechnung vom Aufwände von Munitionsbeständen entspricht nicht den Tatsachen, da in dem Arsenal überhaupt keine Munition lagert.

Im Steueransatz des Reichstages wurde gestern die zweite Lesung der Novelle zum Einkommensteuergesetz beendet. Es gelangten noch verschiedene Anträge zur Annahme, so ein Antrag Dr. Herz (U.S.), wonach Militär-, Alters-, u. s. m. Renten steuerfrei sein sollten, auch wenn sie 8000 M. übersteigen. Auch ein Antrag zugunsten der Kleinrentner und Kleinkapitalisten fand Annahme, danach sollen Einkommen bis zu 20 000 M. einkommensteuerfrei bleiben. Hinsichtlich der Werbungskosten wurde ein Antrag Herz entworfen und diese auf 10 800 M. festgesetzt.

Hohenzollernbücher.

Es steht bei jedem Bücherhüter
Dicht bei Courths-Mahler und Karl May
Seit ein'ger Zeit ein neuer Schmöker
Mit Friedrich Wilhelms Kontersel.
Man sieht's schon an der Kalligraphie
Das ist ein Aert von eigenem Schlag
Ein jeder Zoll der alte Feigle!
(Der „Tag“, der bracht es an den Tag.)
Und ganz wie Friedrich der Große
Beschrieb er seinen Werdegang
(Der Kaiser mochte bloß die Soße
Mit Mandeln und Rosinen mang),
Das ist ein Fraß für Tante Riese
Und für den braven Onkel Franz!
Sie schimpfen auf die Republik
Und schludzen „Heul im Siegertranz“.
O, wie in ihren Badenjurchen
Die dicke Mittelsträhne blinkt:
„Die Schuld liegt bloß an Hindenburg,
Denn der hat ihn nicht zugefickt,
Sonst wär' er janich ausgefickt,
Er wär' gekommen mit Must
Und hätte Ebert wat jepsiffen
Von weien „Deutsche Republik“.
Und wir, wir hätten unsern Keenich
Und billet Fiesch und bester Bier,
Die Wort, die jalte nich so wenig,
Und Waze wär' jekt Untroffizier.“
Wenn sie dann mit dem Buch zu Ende,
Sind sie vor Nahrung butterweich,
Und beide drücken sich die Hände:
„Er muß zurück in's Deutsche Reich!“

Die Alten pfeifen wie die Jungen.
Auch Wilhelm griff zum Federkiel
Und würzte mit Erinnerungen
Die Langeweise im Gell.
Und Kaiser mocht' auch diesmal wieder
Die Riste fertig zum Versand.
Dann schickte Wilhelm brav und bieder
Sie klenntest in das Dollarland.
Warum auch nicht? Bel der Solala!
Vahat sich jetch Geisjesauverlauf,
Und in Gedächtnis hört, mein Gula,
Sogar Rebelle und Feindschaft auf.
Doch, lieber deutscher Speiber, bleibe
Nur ruhig und verzage nicht!
Du kriegst die kaiserliche Schreibe
Ganz sicher auch noch zu Gesicht.
Wenn erst des herbstes Sturmebrause

Die Blätter von den Bäumen löst
Und du dahlein im muffigen Hause
Am warmen Ofen wieder döst:
Dann kannst du schwarz auf weiß es lesen,
Was Wilhelm für ein Unschuldslamm
Und wie du schlecht zu ihm gewesen,
Zu ihm und seinem ganzen Stamm.
Und wenn, dem du einst lobgehudeit,
Dach er zersprang vor Größenwahn,
Dich mit dem dießen Dreck besudelt,
Du bist und bleibst ein Untertan.
Vor Nahrung schwillt dein Herz im Busen,
Dach dir die Augen übergehn:
Denn Wilhelms Wort und Rosners Schmusen
Bermagst du nicht zu widerstehn!
Du klopft die Hoden aneinander,
Die Hände an der Hofenacht —
„Besehl!“ — und geht auf Propaganda
Für einen neuen Jolkernsack.

Peter Michel.

„De Engländer wär'n wohl diesmal noch metmache.“ Man schreibt uns: Einige Tage vor dem Kaiser-Wort kam ich auf einer kurzen Erholungsreise durch die ehemalige Haupt- und Residenzstadt Weim a. r. Um ein paar Karten mit Ansichten der Heiligstümer Jim-Athens zu ersuchen, betrat ich den Laden eines ehrlichen Buchbindermeisters und fand da auch eine große Auswahl, so daß es mir schien, als ob der biedere Mann sein Handwerk an den bewußten Vogel gehängt habe und sich nur noch dem Ladengeschäft widme. Es waren mehrere Kunden da und mit jedem machte er einen kleinen „Gähricht“. Schließlich kam auch ich an die Reihe und auch bei mir fand er gleich Anstich, als ich bemerkte, die Preise in dem kleinen Weimar seien wohl nicht billiger als in dem großen Berlin.

„De Regierung is schuld daran.“
Wieso die Regierung?

Wenn Sie das wissen woll'n, dann müß'n Sie heute abend ins Stadthaus geh'n. Do hält a Major a Vortrag zum zweiten Male. Der hat's dr' Regierung ordentlich gegeb'n. . . . Re müß'n oben andre Belie hab'n, die amal Reink' sog'n können.“
Und was geschicht dann, wenn die neue Regierung einmal Reink' sagt?

„No, wa soll'n da gefeh'n? De Franzosen besetzen ab'n's Ruhrgebiet. Da da wär'n je ab'n schließlich rausgetrieben mit Hurrah. Toffen Se mal uff. De Engländer wär'n wohl diesmal noch metmache.“

So — dann wachsen wohl die Kanonen aus der Erde und der frisch-schöllliche Krieg ist wieder da. Das wäre also der Wunsch des Herrn Majors. Und Sie — ich dächte, Sie hätten an dem einen Weltkrieg genug.

„Ach ja, nur ka neier Krieg. Mei Aelkister is gefoll'n, on der Zweite is zu Hauje. . . . D'r rechte Arm zerflossen, on Nervenzerüttung. Na . . . a neier Krieg, davor bewah' ons der Himmel.“

Das sag' ich auch. Dann lassen Sie sich aber von Ihrem — Major nicht so dummes Zeug porreden.

„Koja, aber . . . da is nun dr' arme Kapp gestorben. Der hat doch's Belie gemollt.“

Hat das der Major auch gefant? Sie haben wohl schon wieder vergeffen, wie viele Menschen ihr Leben opfern mußten beim Kapp-Putsch und wie viele Milliarden dem Lande dieses Abenteuer gekostet hat.

„Freilich, hier in Weimar sön' damals auch bei der unglückseligen Schießerei wohl a Duzend o'm Plage geblieben. Des is räch'g. Aber — — wissen Se: de Erzberger, dr' tut m'r noch leid. Der hat doch nicht gehobt, on denn hat'r seine Töchter noch der Schweiz in de Bananen geschickt.“

So, also deshalb ist er reif für die Kugel des Reichsmörders? Er tut Ihnen nicht leid, aber — Sie können mir leid tun!

Damit entschuld' ich.

So sieht's in den Köpfen der „Bürger“ aus, denen ein Major Staatsweisheit beibringt!

„De Engländer wär'n wohl diesmal noch metmache!“

5. St.

„Akademikerundgebung für die Republik.“ In einer im großen Volkshaus in Jena abgehaltenen, vom Bied republikanischer Studenten (Zentrum bis Kommunisten) und einer Reihe von Universitätslehrern einberufenen Ratssitzung wurde der feste Wille ausgesprochen, die Regierung in allen ihren Maßnahmen zu unterstützen. Professor Kehler (Nationalökonom und Soziologe) betonte die Anwartschaft der Republik der gebildeten Schichten an den politischen Werten besonders schwere Verantwortlichkeit der republikanischen Akademikerkreise gegenüber dem Volksganzen. Prof. Linke (Philosoph) bekannte sich zur Novemberrevolution und zur Republik als der einzigen, unbegrenzt verbesserungsfähigen Staatsform. Stärksten Beifall fand ein Student mit der Aufforderung zur Selbsttätigkeit jedes einzelnen und zur Gemeinschaft der arbeitenden Studentenschaft und der strebenden und kämpfenden Arbeiterklasse. Diese Kundgebung der Jemser Universtität war die erste für die Republik; die Reaktion verhält sich still und zurückhaltend.

Der Dicke Baum der Welt. Etwa 14 Kilometer von der mexikanischen Stadt Tacoca entfernt liegt das Dorf Santa Maria Tula, und auf dem Kirchhof dieses Indianerdorfes steht der Methusalem der mexikanischen Pflanzenwelt, ein mächtiger Zedernbaum, den man wohl als den dicksten Baum der Welt in Anspruch nehmen darf. Wie Hermann Köhler in der „Anschau“ betont, ist dies Methusalem weniger merkwürdig durch ihre Höhe von 45 Meter, als durch die riesigen Dimensionen des Stammes und der Krone. Der Stamm hat drei Meter über dem Erdboden einen Umfang von 54 Meter. Dieser gewaltige Oberbau wird von den sehr hoch aus dem Boden heraustretenden, tabellarisch angeordneten Astensystemen getragen. Unzählige Schmarotzer sind bis in die obersten Gipfel des Baumes gestiegen, dessen Krone mit ihrem vielerschulungenen Astwerk einen kleinen Wald für sich bildet. Ein ganzes Heer von prächtig schillernden Schmetterlingen und Kolibris, von Bienen, Hummeln usw. wohnt in dem ebensolchen Haupt, angeflakt durch den Blütenstaubregen dieses Methusalems, der noch im schönsten Jugendstadium prangt. Es ist nicht mehr festzustellen, in welcher

Das bißchen Salz.

Deutschlands unerschöpfliche Salzvorräte — Auch eine Preisfrage.

Es hat einmal eine Zeit gegeben, in der das Niveau der Lebenshaltung des Proletariats schlecht durch das Wort von Salz und Brot gekennzeichnet wurde.

Woher kommt das Salz?

Die ausgedehnten Salzlagern Norddeutschlands entstammen dem Allertum. Jahrmillionen vielleicht liegt die Zeit ihrer Entstehung zurück.

Staffurt.

Das bekannteste deutsche Salzlager ist Staffurt. In zirka 300 Meter Durchmaß lagert hier das Steinsalz zu unterst des bisher bekannten Schichtenbaues in Lagen von 8 bis 10 Zentimeter Dicke.

Gradierwerk und Sudhaus.

Reines Steinsalz kann gebraucht und zerhackt ohne weiteres als Kochsalz verwendet werden. Aber es findet sich nicht immer

in reinen Kristallen. Das verunreinigte Mineral wird in Wasser gelöst und erfährt eine besondere Verarbeitung. Die hochgepumpte Sole wird in das obere Becken eines mehrere Stockwerke hohen, oft kilometerlangen Gradierwerks geleitet.

Das Kochsalz im Gebrauch.

Ist es ein Mineral, das verbreiteter wäre als dieses? Kaum eine Speise kann die Hausfrau zubereiten, ohne in die Salzmeße zu greifen.

Der Verkaufspreis für Kochsalz betrug in der Vorkriegszeit 3/4—5 Pf. für ein Pfund. In unseren Tagen ist er auf eine Rate und mehr gestiegen, d. h. um mindestens 1500 Proz., wenn nicht um 2000 Proz. und mehr.

Die bedrohte Volkshochschule.

Ein Existenzkampf.

Seit längerer Zeit ist die Volkshochschule Groß-Berlins genötigt, einen harten Kampf zu führen, um sich gegen gewisse Strömungen zu behaupten, die darauf abzielen, sie der Existenzgrundlage zu berauben.

der Hörgebühren genügen nicht, um die gewaltige Geldentwertung soweit auszugleichen, daß mit derselben Summe wie im Vorjahre gewirtschaftet werden könnte.

Großmanns Gehirn als Studienobjekt.

Der Frauenmörder Großmann, der sich am vierten Verhandlungstage eine Stunde vor Eröffnung der Sitzung in seiner Zelle erhängte, hatte noch am Tage vorher dem Rechtsanwalt Dr. Frey, der seine Verteidigung führte, seine im Gefängnis geschriebenen Memoiren übergeben.

Jerwege der Natur.

Mit einem medizinisch-psychologisch sehr interessanten Fall hatte sich gestern die 5. Strafkammer des Landgerichts II zu beschäftigen. Unter der Anklage, eine öffentliche Anklündigung erlassen zu haben, die dazu bestimmt war, unsittlichen Verkehr herbeizuführen, hatte sich die Privatlehrerin Charlotte R. zu verantworten.

Der Ruf durchs Fenster.

Roman von Paul Frank.

Wenn Ihnen solche Beschäftigung Spaß macht! Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß ich die Zeit, obzwar sie für mich nicht angenehm verlaufen ist, nicht nutzlos veran habe.

Schön. Darüber mag der Polizeipräsident eine Freude haben. Was aber soll ich mit der Geschichte anfangen, von der ich beim besten Willen nicht weiß, weshalb Sie mir sie so lange nach Witternacht und nach diesem merkwürdigen Präliminum vorklehen?

angestrenzter Gedankenarbeit gesucht und gefunden habe! Ist es nicht selbstverständlich, daß ich, allein und ganz auf mich selbst angewiesen, zu Ihnen eile, die Sie mein einziger Kamerad und Helfer sind auf dieser wüsten, wenig gastfreundlichen Insel, auf die ein unholdes Schicksal uns verschlagen hat...

(Fortsetzung folgt.)

Der Grubenbrand in Senftenberg.

Keine Gefährdung der Bricketversorgung Berlins.

Die beiden Berliner Löschzüge, die zur Bekämpfung des ritzigen Grubenbrandes nach Senftenberg entsandt worden waren, sind noch nicht von dort zurückgekehrt, da ihre Anwesenheit auf der Brandstelle in der Grube Marie III der Anhaltischen Kohlenwerke noch erforderlich ist. Auch Oberbranddirektor Reichel hat sich abends nach Senftenberg begeben, um die Lage an der Brandstelle in Augenschein zu nehmen. Es kann aber damit gerechnet werden, daß dank der anhaltenden Regenfälle in den letzten Tagen auch die noch glühenden Stellen in dem Tagebau der Braunkohlengrube zum Berdlichen gebracht werden.

Der angerichtete Sachschaden dürfte sich nach den bisherigen Schätzungen auf etwa 8 Millionen Mark belaufen, da mehrere Kilometer Feldbahnanlagen, Grubenbahnen mit dem notwendigen Locomotivmaterial neu hergerichtet werden müssen. Auch ein großer Dampfboiler, der allein einen Wert von weit über 1 Million Mark repräsentiert, ist durch das Feuer stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Da auch die Licht- und Stromkabel der Grube verbrannt sind, dürfte die Stilllegung des Bergbaubetriebes längere Zeit andauern. Eine Kommission des Kohlenamts der Stadt Berlin wird Feststellungen darüber treffen, inwieweit durch den Brand im Tagebau und durch die Vernichtung aufgestapelter Braunkohlenmassen mit einer Stöckung der Braunkohlenzufuhren von Senftenberg nach Berlin zu rechnen ist. Das Ostfälische Braunkohlenland behauptet, auch bei einer längeren Stilllegung der von dem Brand betroffenen Gruben durchaus in der Lage zu sein, die Versorgung Berlins mit Braunkohlen und Bricketts sicherzustellen, so daß vielleicht mit vorübergehenden Stöckungen, aber nicht mit einer ernstlichen Gefährdung der Hausbrandversorgung Berlins zu rechnen ist. Dieser große Grubenbrand wird hauptsächlich als ein Unfall angesehen, der durch die Verhältnisse auf den Gruben außerordentlich schwierige waren und daß sich die nächsten Hydranten in einer Entfernung von 800- bis 1000 Metern befanden. Schon vor 10 Jahren ist in Senftenberg ein ähnlicher Grubenbrand ausgebrochen und bereits damals war über die mangelhaften Feuerlöschanlagen und die schlechten Wasserverhältnisse Klage geführt worden. Aufsehend hat sich in der Zwischenzeit an diesen Zuständen nicht viel geändert. Es darf wohl die Erwartung ausgesprochen werden, daß jetzt endlich die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um den Betrieb eines für Berlin so überaus wichtigen Braunkohlenreviers vor Stilllegungen dieser Art künftig zu bewahren.

Zum Skelettfund in Geltow.

Der neue Oberstaatsanwalt von Potsdam hat eine Befehlsung von 10000 Mark auf die Ergreifung des Täters, der den 16-jährigen Sohn des Dolmetschers Otto Laase aus Geltow erschossen hat, dessen Skelet auf der Wieseung des Herrn v. Rache aufgefunden wurde, ausgefetzt.

Der frühere Oberstaatsanwalt von Potsdam hat am 24. November 1921 an den Vater des Ermordeten folgenden Verdict erteilt lassen: In der Ermittlungsangelegenheit betreffend den Tod eines Sohnes haben die Ermittlungen zur Klärung dieser Verbrechen nicht geführt. Wenn man, wie Sie meinen, annimmt, daß derselbe einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, was allerdings nicht von der Hand zu weisen ist, so haben die Ermittlungen zu keiner Entdeckung des Täters geführt. Sollten Sie später etwas in Erfahrung bringen, was zur Ermittlung des Täters führen könnte, so ersuche ich Sie, zu den Akten Mitteilung zu machen.

Ein „netter“ Liebhaber.

Bei einer hiesigen Firma war eine aus Petersburg gebürtige Stenotypistin beschäftigt, die hier einen Schlosser Kramer kennen lernte und mit ihm ein Verhältnis unterhielt. A. überredete sie, eine ihr anvertraute Summe von 80000 M. zu unterschlagen und machte dann mit Hilfe dieser Summe eine Bergabgangsfahrt, die das Pärchen über Kottbus nach Süddeutschland und Jersitz führte. Bereits vorher waren der Mutter des K., dessen Vater und Brüder „sitten“, 12000 M. übergeben worden. Als das erbeutete Geld auf die Reize ging, überredete K. seine Frau, sich im Berliner Polizeipräsidium zu stellen und verschwand mit dem Rest des Geldes. Gestern wurde er in Spandau verhaftet und desoh von dem erbeuteten Gelde nicht einen Pfennig mehr. Angeblich ist es ihm in einem Nachhaken in der Jägerstraße „abhandeln gekommen“, doch scheint die Kriminalpolizei dieser Angabe vorläufig nur wenig Glauben. Auch das Depot bei der Mutter war

bereits stark zusammengeschnitten, da diese sich selbst völlig neu eingekleidet hatte.

Einer von den Akten aus der Sturm- und Drangperiode unserer Bewegung, der Lehrer a. D. Max Hildebrandt, ist am 10. d. M. in Berlin im Birchow-Krankenhaus mit sechzig Jahren gestorben. Unsere älteren Genossen, namentlich auch die aus den akademischen Kreisen, werden sich seiner originellen Persönlichkeit wohl noch lebhaft erinnern. In der letzten Zeit vor dem Sozialistengeheiß beteiligte er sich gründlich an politischen Leben und gehörte unter dem Schandgeschehen einem Kreise von Genossen an, der aus dem von Johann Most geleiteten Klub hervorging und im Stillen geheime Agitation betrieb, bis die Sache durch die Verräterei eines Studenten bloßgestellt wurde. Wegen seiner Stellung als Gemeindefachlehrer mußte Hildebrandt sich dauernd von der öffentlichen Tätigkeit fernhalten, ist uns aber bis an sein Ende ein guter Genosse geblieben. Ueber seine wissenschaftlichen Leistungen ist besonders sein Werk über die Gesetzzeit hervorzuheben. Seine Einäscherung findet am Freitag, den 14., um 6 Uhr abends, im Krematorium in der Gerichtstraße statt.

Oberbürgermeister Böß hat seinen Sommerurlaub angetreten. Er wird durch Bürgermeister Ritter vertreten.

Eine Ausstellung Hungersnot und Hungerhilfe in Rußland findet anlässlich des Zweiten Internationalen Hungerhilfskongresses bis zum 25. Juni in den bisherigen Räumen des russischen Konsulats, unter den Linden 11, statt. Die Ausstellung bietet eingehende Einblicke über Umfang, Ursachen, Wirkungen der Hungersnot, gibt Aufschlüsse über das Hungererleidnis und enthält eine Sammlung von Plakaten, Literatur, Photos, Kunst und Kunsthandwerk aus dem Hungergebiete und dem übrigen Rußland. Eintritt für organisierte Arbeiter und Angestellte 3 M. Besuchszeit 9^{1/2}-8 Uhr. Sonntags 10-7 Uhr. Der gesamte Reinertrag fließt den Hungergebieten zu.

Gaußmann, Einantwortung und Konsumverein heißt eine Broschüre, die im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI., erschienen ist und in der Emma Freudlich den Hauer zeigt, warum gerade sie die Trägerinnen und die Beherrscherinnen der konsumgenossenschaftlichen Bewegung sein müssen. Es wird den Frauen gezeigt, wie die Ziele des Konsumvereines wie sie die Verwirklichung werden kann und muß, die ebenso wie die Betriebsorganisation für den Arbeiter einmal der Mittelpunkt einer neuen wirtschaftlichen Welt werden kann. Es läßt sich nicht sehr viel, das die Hausfrauen, die sich vielfach über die Bedeutung und die Macht der Konsumvereine gar nicht klar sind, sich an Hand dieser leicht lesbaren Schrift darüber unterrichten.

Verurteilte Altschliche.

In letzter Zeit hat es sich wiederholt bei Prozessen ereignet, daß wichtige Akten spurlos verschwunden waren. Deshalb ist ein Urteil, das sich in Düsseldorf ergangen, von besonderer Bedeutung. Das Schwurgericht verurteilte den Justizobersekretär Hans Weinberg, den Justizwachmeister Karl Röder, den Gerichtsakuar Rechtskonsulent Anton Marx wegen Altschliche 10 bis 15 Jahre, begangen im Düsseldorf Landgericht, zu empfindlichen Strafen. Ersterer erhielt 3 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, der zweite Angestellte 2 Jahre und 6 Monate Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust und Marx 4 Jahre Zuchthaus, und 10 Jahre Ehrverlust.

Große Aberschwemmung in Marienthal. Infolge starker Regenschläge in der ganzen Gegend der Stadt überflutet Wasser nicht in den Keller, bis 1,5 Meter hoch. Der Unterbau der Straßen ist aufgerissen.

Eine Gruppe von 60 bewaffneten deutschen Schmugglern griff nach einer Meldung der „Daily Mail“ eine Poststation bei Saarbrücken an. Zwei französische Zollbeamte wurden schwer verletzt. Am 1. d. M. nachts machten die Franzosen, die Verstärkung erhalten hatten, einen Angriff auf die Schmuggler, warfen sie über die Grenze zurück und nahmen zehn Schmuggler gefangen.

Zur Explosion in Juedorf wird noch gemeldet, daß sie durch Reibungszündung bei der Reinigung eines Stiefels in der Verchlorenanlage verursacht wurde. Der Betriebsleiter, ein Meister und sieben Arbeiter wurden durch die Explosion in Stücke gerissen, 10 bis 15 andere Arbeiter verletzt. Der Betriebschaden wird auf viele Millionen geschätzt.

Wirtschaft

Reichsfinanzen und Kalkulationsmarkt.

Durch die Währungsstabilisierung hat sich die Reichsregierung genötigt gesehen, erneut um einen Zahlungsausschub bei der Entente nachzusuchen. Die Verhandlungen darüber sind bekanntlich im Gange. Es wäre verfrüht, jetzt schon sich großen Hoffnungen über

das Ergebnis dieser Bemühungen hinzugeben. Immerhin ist zu erwarten, daß man drüben aus den Tatsachen genug gelernt hat, um jetzt eine beschleunigte Lösung des Reparationsproblems, und zwar in einer für Deutschland annehmbaren Weise, anzustreben. Da aber die Valutaschwäche auch Gründe hat, die außerhalb der Reparationen liegen, würden zur Bekämpfung der Valutaschwäche auch andere Maßnahmen notwendig sein. Sollte die erhoffte Erleichterung von außen kommen, so wird man bemüht sein müssen, den Reichshaushalt von der Notwendigkeit unabhängiger zu gestalten und vor allem den Kalkulationsmarkt aufzuschließen, der in den letzten Jahren dem Reiche fast unzugänglich war, eben weil die Reichsfinanzen unter dem ständigen Druck der Entente standen.

So wird es sich empfehlen, der Frage einer Goldanleihe näher zu treten. Man müßte eine Anleihe ausgeben, die in Papiermark verzinst wird unter Anlehnung an den Kurs der Mark an eine hochwertige Währung. Befreit sich dann die Mark, so würde der Zinsbetrag auch automatisch heruntergehen, bei einer Verschlechterung sich erhöhen. Eine solche Anleihe bietet für das Ausland suchende Kapital gewisse Vorteile; die Verzinsung paßt sich dem Wert der Mark vollständig an und damit würde der Anreiz, in ausländischen Werten Kapital anzulegen, zurückgehen. Für diese Anleihe müßte eine Sicherung gegeben werden durch eine Zinsgarantie der Reichsbank oder in Verbindung mit den Privatbanken. Die Anleihe müßte auch das nach dem Ausland geflüchtete Kapital zu einem Teil wieder nach Deutschland zurückführen, zumal Vergünstigungen geboten werden, die dem entsprechen, was die Anlage in fremder Währung bietet. Auch von den kleineren Sparern im Inland würde sehr bald ein solches Papier begehrt werden. Die Regierung kann zu einer solchen Anleihe nur dann greifen, wenn sie die Sicherheit hat, daß die Mark nicht abwärts im Kurs stark entwertet wird, weil sonst der Zinsdienst sehr stark empfindlich würde.

Daneben wäre zu erwägen, ob man nicht die kurzfristigen Schahamweisungen, die die Regierung herausgibt, mit gewissen Vergünstigungen ausstatten will, damit sie für das Sportkapital mehr als Anlage gesucht werden als jetzt. Es wird sich hier empfehlen, bei den Schahamweisungen von der Kapitalertragssteuer, die vom Zinsbetrag erhoben wird, Abstand zu nehmen. Geht das, so werden die Schahamweisungen mehr Eingang im Publikum finden. Gegenwärtig vollzieht sich im Geldverkehr ein sehr starker Rücklauf der Schahamweisungen zur Reichsbank, und damit ist die Reichsbank genötigt, um diese Schahamweisungen einzulösen, in erheblichem Umfang neue Noten herauszugeben. Wir haben aber ein Interesse daran, aus der Notenpresse herauszukommen.

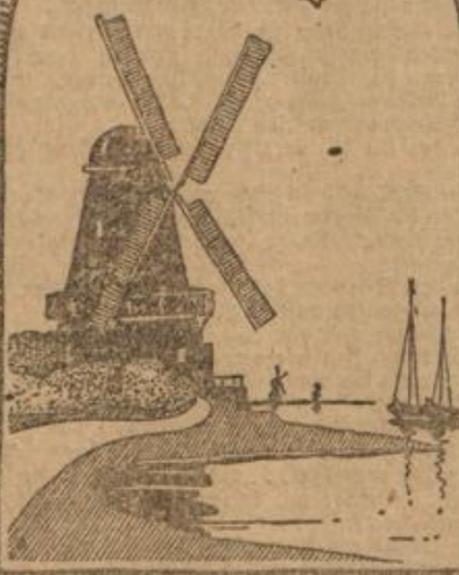
Wie mitgeteilt wird, plant die Regierung die Herausgabe von Schahamweisungen mit einer Laufzeit von drei Jahren und mit einer Verzinsung von 6 Proz. Mit einem solchen Papier dürfte sie wenig Glück haben. Die Zinsrate von 6 Proz. genügt nicht, da leicht bessere Anlagen möglich sind. Die kurzfristigen Schahamweisungen haben ihren Vorzug, weil sie leicht rediskontiert werden können, also dem Inhaber die Flexibilität geben, schnell und ohne Mühe das Papier in Geld umzuwechseln.

Sicherlich tragen die großen Bestände von Papiermark im Zustande nicht unwesentlich zur Verschlechterung unserer Valuta bei. Man schätzt gegenwärtig die im Ausland befindlichen Mengen an Papiermark einschließlich der Guthaben von Ausländern auf rund 100 Milliarden Mark, und zwar 30 Milliarden deutsche Banknoten im Ausland, 35 Milliarden Bankguthaben, die Ausländer in Deutschland festgelegt haben, 30 Milliarden Warenkredite, die Ausländer an deutsche Firmen gewährt, und 35 Milliarden deutsche Wertpapiere, die im ausländischen Besitz sind. Diese riesigen Beträge beeinflussen natürlich unseren Geldmarkt zum Nachteil der Valuta. Über besonders die Banknoten und Auslandsguthaben könnten den Reichsfinanzen nutzbar gemacht werden durch eine Goldanleihe, während sie jetzt bei jedem neuen Markkurs zur Verschärfung der Lage beitragen, da denn die Besitzer von Mark in fremde Zahlungsmittel flüchten.

Foll vier Milliarden neues Papiergegeld hat die Reichsbank in der ersten Woche des Juli neu in den Verkehr geben müssen. Somit beträgt der Banknoten-Umlauf 172,7 Milliarden Mark, daneben sind noch für 10,8 Milliarden Mark Darlehensloosenscheine im Umlauf. Auch sonst zeigt der Ausweis der Reichsbank, daß sich das Zentralnoteninstitut von der starken Anspannung am Ende des letzten Halbjahrs noch nicht erholt hat.

Am Devisenmarkt hielt gestern die Unsicherheit an. Er stand im Zeichen großer Schwankungen. Amliche Notierungen waren: Dollar 439,45, 100 holländische Gulden 16,529, 1 Pfund Sterling 1935. Nach der amtlichen Notierung ist also der Kursrückgang gegen vorgestern recht gering gewesen.

Maßary.
Dessit
edel wie
der Name



Fritzi
Maßary
eine Zigarette
von Rang

Unfehlen Sie selbst!

Weinberger Brunnenstr. 25

Schuh-Fabrik

Wegen Räumung meines Lagers verkaufe ich zu spottbilligen Preisen braune Damenhalschuhe in allen Größen.

Auslandsdeutsche gegen den Rathenaumord

Aus Kopenhagen wird uns geschrieben: Von der konservativen Presse Deutschlands werden die Auslandsdeutschen gemeinhin als Monarchisten und Anhänger des alten Regimes bezeichnet. Wie falsch das ist, bewies eine Protestversammlung deutscher Männer und Frauen Dänemarks, die von dem deutschen sozialdemokratischen Verein „Vorwärts“ für den 6. Juli in das Folkethus einberufen worden war. Ohne Unterschied der Parteien beteiligten sich die Deutschen und Deutschenfreunde Kopenhagens an der Kundgebung, die dem Gedächtnis Walter Rathenaus gewidmet war. Hauptredner des Abends war Richard Schwarz, eine Persönlichkeit, deren Verdienste um die Sache der Arbeiterbewegung und des Deutschturns in Ungarn bekannt sind. Einmütig gelangte eine Resolution zur Annahme, in der es heißt:

„Die am 6. Juli 1922 im großen Saale des Folkethus in Kopenhagen abgehaltene Protestversammlung deutscher Männer und Frauen, die in Dänemark eine zweite Heimat fanden, sowie dänischer Freunde Deutschlands, gibt ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit ihrem tiefsten Schmerz über den Verlust Walter Rathenaus, als eines der genialsten Schöpfer Neu-Deutschlands, und über die anderen Opfer der empörenden Attentate der wahnhaften Kriegsheer Ausbrüche. Mit um so größerer Freude begrüßt sie Reichstagsabgeordneten Philipp Scheidemann als Vorkämpfer des Weltfriedens anlässlich seiner Genesung nach dem misslungenen Anschlag auf Herzogin.“

Die Versammlung schließt sich voll und ganz den Einheitsforderungen an, die von den Gewerkschaftsverbänden und den Arbeiterparteien Deutschlands an die Reichsregierung und an den Reichstag gerichtet wurden und fordert die Millionen Auslandsdeutsche in allen Weltteilen auf, die republikanische Regierung Deutschlands, der sie ihr vollstes Vertrauen ausspricht, in ihrem übermenschlichen Kampfe gegen die Reaktion und die deutsche Polizei in ihrer schweren Arbeit gegen die Mordzentralen und des Kuppelns der ins Ausland entflohenen Nordbuben wertvoll zu unterstützen.

Am Sinne der im „Vorwärts“ veröffentlichten Aufforderung der Gewerkschaftsverbände und Arbeiterparteien Deutschlands an die Gewerkschaften und Arbeiterparteien des Auslandes, die wiederholt ihre Unterstützung zur Erhaltung der deutschen Republik zugesichert haben und von denen die Gewerkschaftsverbände und Arbeiterparteien Deutschlands jetzt eine starke Einwirkung auf ihre Regierungen fordern in der Richtung, daß die Entente von ihrer Gewaltpolitik gegen das deutsche Volk, die den Nationalisten und Monarchisten in Deutschland immer neuen Agitationsstoff geliefert hat, endlich abläßt, stellt sich die Versammlung ganz auf den Boden jener Resolution.

Die Protestkundgebung war die erste deutsche Volksversammlung in Kopenhagen seit Kriegsausbruch. Der Verein „Vorwärts“ gewann an diesem für die Deutschen Kopenhagens auf lange denkwürdigen Abend viele neue Mitglieder. Wie im Reich, so wird auch im Auslande die Weltöffentlichkeit der Nordpatrioten eine Einigung aller ehrlichen Deutschen zur Folge haben. Wie lebhaft das Interesse für die Sache der deutschen Demokratie unter den Dänen ist, geht daraus hervor, daß „Politiken“ eingehend auf die Protestkundgebung hinwies, während „Sozialdemokraten“ die Ankündigung sogar in deutscher Sprache veröffentlichte. Ueber den Verlauf der Kundgebung wurde von der dänischen Presse ausführlich berichtet.

Politischer Mord in Posen. Der Chefredakteur Marchlewski der Posenener Zeitung „Kurjer Pohnanski“ wurde in der Redaktion von einem Mann erschossen, der vor einigen Tagen wegen Verleumdung dieses Blattes zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Der Täter ist festgenommen.

Zeit der Baum sein Dasein begann, aber er hat es, nach dem Umfang des Stammes zu urteilen, bereits lange vor der Zeit begonnen, als Columbus und Cortes in der neuen Welt erschienen. Die Kiefernzeder ist jedenfalls der einzige noch lebende Zeuge jener ostelbischen Wälderwelt, die sonst nur durch ihre Kumpfenmänner zu uns spricht. An einer schilfbartig herabgehängten Stelle des Stammes soll in großen Buchstaben der Name Alexander von Humboldt gestanden haben, der dieses Naturwunder besuchte; doch ist er heute unkenntlich geworden.

Die hohe Obrigkeit vor zweihundert Jahren. Aus verstaubten Akten kommt ein Stück aus alter Zeit zum Vorschein, das so gar nicht in unsere Zeit der Eisenkloppe passen würde. Friedrich Wilhelm I. kam auf einer Reise nach Ostpreußen im Jahre 1722 durch Hinterpommern. Da fiel ihm die große Masse der Holzspannen merklich auf, die dort von alt und jung getragen wurden. Der König witterte darin eine Gefahr für das Schuttmacherhandwerk. Er fürchtete einen starken Rückgang im Gebrauch der Lederhüte und schickte bald nach seiner Rückkehr von Berlin aus ein Patent, daß von dato an die Tragung der hölzernen Schuhe oder Pantoffeln in allen vor- und hinterpommerischen Landen bei Strafe verboten sein soll. Sub dato Berlin, den 22. August 1722. Darin verordnete Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden König in Preußen usw., daß das Tragen der hölzernen sowohl denen Schustern und anderen Gewerben, als auch unserem Interesse nachteilig ist, es sei deshalb durchaus zu verbieten, und die Stadtmagistrate, Dorfbeamten, Gutbesitzer hätten bei 200 Dukaten Strafe (1), die an die Refrentenkasse gingen, darüber zu wachen. Das Dekret sei von den Kanzeln zu veröffentlichen, vor dem Kirchhofe dem Küster vorzulesen und auf jede Art bekannt zu machen. Zweihundert Dukaten Strafe scheint ein bisschen viel, aber die Refrentenkasse des Soldatenkönigs brauchte Geld. Gleichzeitig erfahren wir, wozu die Kanzeln in der Kirche damals gut waren und was der Küster nebenbei zu besorgen hatte.

Sommerspiele des Deutschen Theaters. Am 19. d. M. findet die Eröffnung von Kassel und Oberh. Die ewig lächelnde Frau mit Werner Krauß und Lina Rossen in den Hauptrollen. Die Regie führt Bernhard Reich.

Das Deutsche Opernhaus hat für die nächste Saison eine Reihe Neuerwerbungen vorgelesen. Zunächst gelangt Verdis Oper „Aida“ zur Aufführung. Der folgende Mozart's „Don Giovanni“, Claudio Wagner's „Der Barbier von Sevilla“, die belgische Oper „Flauto solo“, von Eugen Kallert, Verdis „Macbeth“ und als Ergänzung für Groß-Opern des russischen Komponisten Modeste Mussorgski's Oper „Boris Godunow“. — Von neuen Stücken werden eingeleitet: „Ella Iken“, als Hochdramatische, Frida Mayer (Rugenblau-Operette), zwei lange Mysterien, die Damen Arden und Rauscher, als Schmelze für „Maudslayi“ und die Herren Jonsson (Heldenstücke). Dorothea (jugendliche Heldenoper), Renard (Bariton), Kipat (Bass). Als Festscheiterin und erste Solistin wurde Lina Rossen von der Direktion Staatsoper dem Deutschen Opernhaus verpflichtet.

Theater des Westens. Die in Folge der Erkrankung der Prima-Donna verfallene Premiere des italienischen Vallats Leonido's findet am 18. statt.

Volksfest Salzburger Festspielhaus wird, wie mancher hoffte, nach einem neuen Entwurf als ein einzelnes monumentales Gebäude im Neubarmer Schloßpark errichtet werden. Die Grundsteinlegung soll am 22. August stattfinden.

Das Amnestiegesetz angenommen.

Gestern wurde im Reichstag in zweiter und dritter Lesung ein Gesetzentwurf angenommen, der die Regierung ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses nach Anhörung des Reichswirtschaftsrats mit Zustimmung des Reichsrats die Eingangszölle zu erhöhen, herabzusetzen oder neue Zölle einzuführen. Der Vorlage ist die Bestimmung hinzugefügt worden, daß neben dem Reichsrat auch ein Ausschuss des Reichstages gehört werden soll.

Der von den Koalitionsparteien eingebrachte Gesetzentwurf über Änderung der Reichsversicherungsordnung in verwaltungstechnischen Fragen wird in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso der Staatsvertrag betr. den Uebergang der Staatseisenbahnen auf das Reich.

Es kommt dann der Einspruch des Reichsrats gegen die im Etat eingestellten Sätze für „loshliche Ausgaben der Heimatsaufklärung“, „Förderung des Nachrichtenwesens im Inland“ und „Nachrichtendienst des Reichskommissars für öffentliche Ordnung“ zur zweiten und dritten Beratung. Der Reichstag stimmt dem Abstrich zu, verlangt aber, daß durch einen Nachtragsesatz die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden.

Der Einspruch des Reichsrats gegen das Gesetz über Teuerungsmahnahmen für Militärärzter wird einem Ausschuss überwiesen.

Straffreiheit für politische Straftaten.

Die Amnestie soll sich erstrecken auf Personen, die nach dem 4. August 1920 und im Jahre 1921 an einem höherverurteilten Unternehmen gegen die Republik teilgenommen haben oder die von dem im Jahre 1921 errichteten außerordentlichen Gerichten verurteilt worden sind, sofern die Handlungen nicht lediglich auf Rohheit, Eigennutz oder anderen nicht politischen Beweggründen beruhen.

Abg. Schmidt-Reifen (Soz.):

Mit der Abwehr der monarchistischen Umtriebe ist es nicht geschehen. Die Republik muß versuchen, die politische Irregeleiteten wieder zu sich zurückzuführen. Als eines der Mittel dazu betrachten wir eine großzügige Amnestie. Es ist richtig, daß sich Amnestien nicht zu oft wiederholen dürfen; sie sollen, wie der Reichsjustizminister kürzlich sagte, Meilensteine sein im Wege der Republik. Bisher sind die zum Schutze der Republik getroffenen Maßnahmen durchweg gegen links gerichtet gewesen. Zwei Jahre nach dem Kapp-Putsch hat man es glücklicherweise gebracht, Herrn v. Jagow auf die Festung zu schicken, aber Ludendorff und seine Begleiter laufen immer noch als Inhaftierten herum. Der Entwurf, den die Regierung uns vorgelegt hat, zeigt aber nicht von besonderer Großzügigkeit; er bedarf in verschiedener Hinsicht einer Ergänzung. Er muß auf alle politischen Straftaten Anwendung finden, er darf nicht auf das Reich beschränkt bleiben, sondern muß auch auf die Länder ausgedehnt und außerdem angewendet werden auf die Straftaten der letzten vergangenen Wochen. Drei Jahre nach der Ermordung Eisners schmachten in Bayern immer noch 150 Männer in Gefängnissen und Festungen. Es ist gegenüber der milden Behandlung der Kappisten einfach ein Akt der Gerechtigkeit, diese Verurteilten endlich zu befreien. Der gräßliche Mörder Eisners ist auf einem Gut untergebracht und erhält jeden Tag Fleisch, während der Dichter Tolstoj in den drei Jahren seiner Festungshaft noch nicht einen einzigen Tag Urlaub bekommen hat. Auf diese Weise schändet Bayern den Namen Deutschlands. Im Hinblick auf diese Tatsachen fordern wir, daß die Reichsregierung mit der Amnestie eingreift. Wir verlangen ferner Straffreiheit für alle diejenigen, die aus politischen Gründen im Kampf um die Lohn- und Preisgestaltung sich gegen das Strafgesetz vergangen haben, und

Das Gesetz über die Pressehilfe.

Der lange erwartete Gesetzentwurf über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse ist jetzt dem Reichstag zugegangen. Er gibt der Reichsregierung das Recht, auf Grund von Selbstkostenermittlungen die Preise für Holzstoff, Zellstoff und Druckpapier zu bestimmen und sie zu Höchstpreisen zu erklären. Die Reichsregierung wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats die Produzenten von Zellstoff, Holzstoff und Druckpapier zu Zwangsabkäufern zusammenzuschließen und Einheitspreise mit Hilfe von Ausgleichskassen festzusetzen.

Finanzielle Hilfe bringt das Gesetz den Zeitungen durch die Gründung der Rückvergütungskasse auf den Druckpapierpreis. In diese zahlen die Verkäufer von Holz 1/2 Prozent ihres Verkaufspreises, ferner die Holzexporteure 1 1/2 Prozent des Ausfuhrwertes der betreffenden Waren. Da Forstbesitzer mit weniger als 10 Hektar von der Abgabe frei bleiben, fällt die Last der Zahlungen in der Hauptsache auf den staatlichen Forstbesitz, und nur 8 Prozent der privaten Forstbesitzer kommen dafür überhaupt in Frage. Die Erträge der Rückvergütungskasse werden zur Verbilligung der Druckpapierpreise für die Presse verwendet, und zwar sollen in erster Linie die kleinen und mittleren Zeitungen berücksichtigt werden. Da es sich nur um eine Kostensenkungsmaßnahme handelt, ist die Dauer des Gesetzes befristet bis zum 31. Dezember 1923. Man erwartet daraus einen Gesamtertrag von 550 Millionen Mark, der der Presse zugute kommen soll.

So sehr der Grundgedanke zu billigen ist, so wenig wird die finanzielle Hilfe ausreichen, der Notlage der Presse zu steuern, wenn nicht die Preiskontrolle bei der Herstellung und beim Vertrieb des Druckpapiers mit aller Entschiedenheit ausgeübt wird. Darauf wird bei dem Gesetz das Hauptgewicht zu legen sein. Wenn die Rohstoffpreise der Druckpapierherstellung und die Gewinne der Papierindustrie nicht beschnitten werden, ist auf eine wesentliche Erleichterung der Lage des gesamten Zeitungsgewerbes kaum zu rechnen. Obgleich hat das Gesetz an Wirkungskraft sehr eingebüßt dadurch, daß es solange auf sich hat warten lassen. Inzwischen ist die Calbenwertung fortgeschritten und nach den bisherigen Erfahrungen dauert es geraume Zeit, bis das Gesetz zur Durchführung gelangt. Viele Zeitungen sehen sich inzwischen wieder zu Erhöhungen ihrer Bezugsgebühren genötigt, und nur wenigen von ihnen wird das Gesetz die Hilfe bringen, die man nach seinem Namen erwartet.

So erwünscht es übrigens ist, daß gerade notleidende kleine und mittlere Zeitungen unterstützt werden sollen, so wäre dennoch darauf zu achten, daß die Erträge der Rückvergütungskasse nicht gerade denjenigen reaktionären Blättern zugute kommen, die heute noch — obendrein als amtliche Amtsblätter — die Republik herabsetzen und bekämpfen.

Altiengeseellschaft Bayern.

München, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Im Staatshaushaltsausschuss des Landtages wurde gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien die Umwandlung der Staatsbetriebe in Altiengesellschaften und damit die Preisgabe eines umfangreichen Goldvermögens beschlossen.

Massenprozesse in Italien. In der italienischen Kammer wurde mitgeteilt, daß wegen der letzten Gewalttaten in der Toscana etwa 200 Prozesse gegen 1000 Personen im Gange seien. Das Justizministerium hat Untersuchungsrichter nach der Toscana zur rascher Bewältigung der Prozesse gesandt.

endlich verlangen wir Straffreiheit für die aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks Gemohregelten. Die Annahme unserer Entwürfe ist ein Akt politischer Klugheit. (Beifall bei den Soz.)

Reichsjustizminister Dr. Radbrugg:

Die Gesetze, die wir Ihnen in diesen Tagen vorlegen, bedeuten eine Bilanz unserer innerpolitischen Lage. Ist das Gesetz zum Schutze der Republik eine Reaktion auf die Verzweiflungen unseres öffentlichen Lebens, so ist das Amnestiegesetz die Antwort auf den Sanierungsprozeß, der sich in unserem Volkstörper vollzogen hat und den es jetzt zum Abschluß zu bringen gilt. Die Straffreiheit, die wir vorschlagen, ist an verschiedene Einschränkungen geknüpft. Die Straffreien vor dem 4. August 1920 sind bereits durch die Kapp-Amnestie erledigt. Auf der anderen Seite soll sich die Amnestie nicht über das Jahr 1921 erstrecken, weil nicht auch die mit dem Mord an Erzberger, dem Attentat auf Scheidemann und der Ermordung Dr. Rathenaus in Verbindung stehenden Straftaten von diesem Gesetz mit betroffen werden sollen. Aus politischen Gründen, die Ihnen gegenwärtig sein dürften, ist die Amnestie beschränkt auf Reichsachen. Die so beschränkte Amnestie bringt aber dennoch sehr viel. Vor allen Dingen dient sie aber auch als Anknüpfungspunkt für Amnestien der Länder. Dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei zum § 2, der die Möglichkeit der Straffreiheit vorsieht, stimme ich zu und bitte das Haus, die Vorlage mit dieser Maßgabe anzunehmen. (Beifall links.)

Reichsverkehrsminister Groener:

Auch ich bin dafür, daß bei der Handhabung der Disziplinarergewalt aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks jede mit der Aufrechterhaltung der Ordnung zu vereinbarende Milde Platz greifen soll. Aber ich kann andererseits einer Einbeziehung der Eisenbahner in die vorliegende politische Amnestie nicht zustimmen. Das würde nicht eine Stärkung, sondern eine verhängnisvolle Schwächung der republikanischen Staatsgewalt bedeuten. Eine solche Maßnahme hätte zur Folge, daß die wirtschaftliche Gefährdung der Eisenbahn, zu der Anschläge bereits vorhanden sind, in Frage gestellt wird.

Abg. Bell (S.) stimmt der Regierungsvorlage zu und lehnt alle weitergehenden Anträge ab. Der Eisenbahnerstreik habe mit dem Schutze der Republik nichts zu tun.

Abg. Deußhauer (D. Sp.), Barth (Dnat.), Leicht (Bayern. Sp.) und Höllein (Komm.) lehnen die Regierungsvorlage ab.

Abg. Dr. Schäding (Dem.) stimmt der Vorlage zu. Die weitergehenden Anträge, insbesondere die auf Amnestierung der Eisenbahnbeamten, müßten aber abgelehnt werden. Unter säkularisierten Protestanten der sozialistischen Abgeordneten versucht er, die Absicht der Gewerkschaften, das Parlament zu beeinflussen, zurückzuweisen.

Abg. Rosenfeld (U.Soz.) empfiehlt nochmals die Anträge der sozialistischen Parteien.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge werden die Paragraphen der Vorlage nach der Ausschlußfassung gegen die Rechtsparteien angenommen. Eine Ausschlußschließung, die Milde für die am Eisenbahnerstreik beteiligten Eisenbahnbeamten verlangt, wird einstimmig angenommen.

Das Arbeitsnachweisgesetz erläßt einige wesentliche Verbesserungen, die es nach einer Erklärung des Abg. Siebel (Soz.) der Sozialdemokratischen Partei möglich macht, dem Gesetz zuzustimmen. Mit diesen Änderungen wird das Gesetz, das am 1. Oktober 1922 in Kraft treten soll, in dritter Lesung beschlossen.

Nächste Sitzung Freitag 3 Uhr. (Nationalfeiertag. Maßnahmen gegen die Rot der Presse und Disziplinarrecht der Wehrmacht.) Schluß 7 Uhr.

Münchener Polizei-Intimitäten.

München, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Vor dem Münchener Volksgericht nahm am Donnerstag ein Prozeß sein Ende, der die Verspottung der Münchener Polizei mit rechtsbolschewistischen Kreisen einwandfrei bewiesen hat. Es saßen drei Parteigenossen auf der Anklagebank wegen Landfriedensbruches und zwar, weil sie wenige Tage nachdem ein Attentat auf den Genossen Auer in einer Versammlung der Münchener Antisemiten, die zweifellos zur Verhöhnung des Mordanschlages auf Auer einberufen war, sich gegen Angriffe der Rechtsbolschewisten zur Wehr gesetzt hatten. Die Verhandlung erbrachte den Beweis, daß die Polizei ihre Intimität mit den Rechtsbolschewisten auch während der Verhandlung an den Tag legte, weiterhin, daß auf Polizeiorgane von ihrer vorgelegten Stelle ein Druck ausgeübt wurde, um dienstliche Redungen der rechtsbolschewistischen Schlingler zu verhindern, daß selbst in Polizeistellen Stellen überfließt wurden, die die Nationalsozialisten hätten befallen können. Fernerhin, daß die vernommenen Nationalsozialisten, deren Waffengebrauch auf die wehrlose Polizei nachgewiesen wurde, Waffenscheine der Münchener Polizeidirektion besaßen und auf Antrag der Staatsanwaltschaft ihre Waffen zurückließen. Die angeklagten Genossen wurden, unter dem Druck dieses offensichtlichen Polizeistandats freigesprochen.

Rohheitsakte in Oberschlesien.

In den letzten Tagen gingen durch die Presse Nachrichten über Rohheitsakte deutscher Staatsangehöriger in Gleiwitz und anderen oberschlesischen Orten, insbesondere gegen Frauen. Wie der amtliche Preussische Pressedienst hierzu von zuständiger Stelle erläßt, liegen die Verhältnisse gegenwärtig folgendermaßen:

Es ist richtig, daß sich in den letzten Tagen vor dem durch die Übernahme Oberschlesiens in deutsche Verwaltung wieder ermöglichten Einrückten der Schutzpolizei bedauerliche Vorfälle ereignet hatten, und daß eine Reihe von Rohheitsakten vorgefallen waren; so wurden Mädchen, die im Verdacht eines Verkehrs mit Franzosen standen, die Köpfe abgeschnitten, die Wäbchen wurden kahl geschoren usw. Kurz nach dem Eintreffen der Schutzpolizei in ihre Quartiere ist jedoch eine Wanklung eingetreten. Sobald die Schutzpolizei in der Lage war, ihre Aufgabe, Ruhe und Sicherheit in Oberschlesien zu schäfen, durchzuführen, hörte der erwähnte Anflug auf.

Die Schießereien an den Grenzen sind eingestellt und auch das Umherstreifen wilder Selbstschützen hat aufgehört. Schwache Anzeichen von Unruhen machen sich lediglich noch in entfernt gelegenen Dörfern bemerkbar.

Parlamentswahlen in Finnland.

Helsingfors, 12. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Bei den Reichstagswahlen erhielten die finnische Koalitionspartei 53 Mandate, die schwedische Volkspartei 25, die fortschrittliche Partei 15, die Bauernpartei 45, die Sozialdemokraten 53 und die Kommunisten 27 Mandate. Einen Wahlsieg errang die finnische Koalition mit 7 und die schwedische Volkspartei mit 3 neuen Mandaten. Von den Mittelparteien verlor der Fortschritt 11 und gewann die Bauernpartei 3 Mandate. Die Kommunisten, die zum erstenmal an den Wahlen teilnahmen, gewannen von den Sozialisten 27 Mandate.

Gewerkschaftsbewegung

Lohnbewegung der Gemeindegewerkschafter.

Dem Magistrat sind gestern durch den Gemeindegewerkschafterverband die Entwürfe des Lohnvertrags für die Gemeindebetriebe überreicht worden. Die Entwürfe fordern auf die zurzeit bestehenden Stundenlöhne der Vollarbeiter ab 1. Juli 1923 eine Erhöhung von 12 M., die Löhne der Vollarbeiterinnen sollen 80 Proz. der Lohnsätze der Vollarbeiter betragen. Die Löhne der Jugendlichen und Kindererwerbsfähigen werden prozentual abgestuft. Außerdem wird gefordert: die Schwerarbeiterzulage und die Zulage für die Arbeiter technischer Betriebe und Abteilungen, die bisher 10 Pf. pro Stunde betrug, auf 1 M. pro Stunde zu erhöhen. Die Löhne der Vollarbeiter betragen nach dem bisher geltenden 11. Lohnsatz: Ungelernte Arbeiter Grundlohn 20,95 M., nach einem Jahr 21,45 M., Angelernte Arbeiter Grundlohn 21,55 M., nach einem Jahr 22,05 M., Gelehrte Arbeiter Grundlohn 22,60 M., nach einem Jahr 23,10 M.

Die Lohnbewegung im Gastwirtsberuf beendet.

Nach dem Scheitern der direkten Verhandlungen ist dann von den Parteien das im Tarifvertrag vorgesehene Schiedsgericht angerufen worden, das am 5. Juli unter dem Vorsitz des Herrn Oberregierungsrats Dr. Schall zusammentrat. Der gefällte Schiedsspruch sieht Lohnerhöhungen von 20 Proz. ab 10. Juni, 30 Proz. ab 1. Juli und 35 Proz. ab 1. August vor. Zahlmäßig gestaltet sich nach dem Spruch die Löhne der wichtigsten Gruppen wie folgt: Ungelernte Arbeiter in der höchsten Klasse 850 M. im Juni und 900 M. ab 1. August. Weibliche, ungelernete Arbeiterinnen 685 M. bis 610 M. im Juli bzw. 605 bis 635 M. im August. Die Durchschnittslöhne der Köche betragen im Juli 1015 M., im August 1055 M. bei freier Kost. Bei den letzteren sind die Löhne in den Bierrestaurants, Saal- und Gartengeschäften um 140 M. niedriger. Die Löhne der Kellerer (Garantielöhne) betragen 2000 bzw. 2000 M. im Monat. Für die Musiker gelten prozentual dieselben Zuschläge. Die jetzigen Löhne sollen bis 10. August voraussichtlich Geltung haben.

Die Gruppe der Musiker hat bereits vor einigen Tagen dem Schiedsgericht zugestimmt. Die Handwerker sowohl als die launmännlichen Angestellten sind durch Verhandlungen zwischen den Parteien zu einem Abkommen gelangt. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag dieser Woche beschafften sich fünf Versammlungen der gastwirtschaftlichen Angestellten mit dem Schiedsgericht und beschlossen ebenfalls, diesen anzunehmen. Damit wird auch die diesmalige Lohnbewegung im Gastwirtsberuf ihren friedlichen Abschluss gefunden haben.

Buchbinder und Papierverarbeiter!

Na alle noch in Arbeit stehenden! In äußerster schweren wirtschaftlichen Kämpfen befindet sich unsere Organisation. Die Unternehmer verweigern jede Teuerungszulage für den Monat Juli mit der Behauptung, daß reichsweit eine Teuerung noch nicht festgestellt sei, während doch zweifellos eine beispiellose Verteuerung und damit eine Verelendung der Arbeiterchaft eingetreten ist. Außerdem beschließen die Unternehmer, eine

Verlängerung der Arbeitszeit

unseren Kolleginnen und Kollegen aufzuzwingen. Im ganzen Reiche steht unsere Mitgliedschaft den Unternehmern in einem geschlossenen Abwehrkampf gegenüber.

Zur Finanzierung dieser Streiks und als Vorsorge für noch weiter sich entwickelnde Kämpfe hat der Verbandsvorstand von der 20. Woche ab einen Extra-Beitrag in der Höhe eines doppelten Wochenbeitrages ausgeschrieben. Es sind also vom Sonnabend, den 15. Juli ab, und zwar für die 20. Woche bis auf weiteres zwei Wochenbeiträge in allen Klassen zu leisten.

Der von der Ortsverwaltung ausgegebene Extra-Beitrag in Höhe von 20 M. für Männer, 10 M. für Weibliche und 5 M. für Jugendliche fällt infolgedessen weg. Wir erwarten von unseren Mitgliedern die reifste Zahlung des vom Verbandsvorstand ausgeschriebenen Extrabeitrag.

Stärkung der Zentralkasse und Durchführung der Kämpfe, nicht nur für Berlin, sondern im ganzen Reiche ist uns zur Pflicht geworden, und hat jedes Mitglied zu seinem Teil dazu beizutragen. Die Vertrauensleute und Einkassierer sind für die Aufklärung der Mitglieder und die regelmäßige Ablieferung der Beiträge verpflichtet. Hoch die Solidarität!

Die Ortsverwaltung.

Achtung, SPD-Metallarbeiter!

Wir fordern alle auf dem Boden der SPD. stehenden Metallarbeiter auf, bei der Wahl des Bevollmächtigten geschlossen dem bisherigen Bevollmächtigten

Otto Jiska

die Stimme zu geben. Die Parteigenossen müssen am heutigen Tage alle Kollegen auf die Wichtigkeit der Wahl aufmerksam machen. Jeder Kollege muß am Sonnabend sein Stimmrecht ausüben, um nach Schluß der Arbeitszeit das Wahlrecht auszuüben. Die Parole lautet:

Für Amsterdam — gegen Moskau! Wählt Otto Jiska!

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Metallarbeiter.

Klagen der Zivilmusiker.

Vom Deutschen Musiker-Verband wird uns geschrieben: Beamte und Arbeitermusiker sind es, welche den Zivilberufsmusikern in der heutigen Zeit mehr denn je die schwerste und schmutzigste Konkurrenz bereiten. Erstens mal ist es der vom Staat oder der Kommune mit später Pension angestellte Beamte, welcher sich nicht scheut, durch sein antarifmäßiges Musizieren den Berufsmusiker zu schädigen, indem er die Musik nicht als Erwerb, sondern als Nebenberuf betrachtet, sodann der daraus erwachsende Verdienst sein Taschengeld ist. Daher ist es kein Wunder, daß die Beamten unter Tarif musizieren können, wo die Zivilberufsmusiker die tarifliche Bezahlung verlangen. In allen den hier folgenden Kapellen: Knoch, Brezmarak, Voller, Pappmehl, Barz, Raabberg, Feing, Wolf,

Schulz, Krüger und Bernau werden keine Zivilberufsmusiker beschäftigt, sondern nur Beamte. Unsere Beschwerden bei den betreffenden Behörden haben bis jetzt wenig genützt. Darum sind wir gezwungen, uns an die Öffentlichkeit zu wenden, um durch die große Masse das zu erreichen, was uns von den Behörden verweigert wird: den Schutz, den wir von den Abgestellten und Arbeitern erwarten, indem sie nur Lokale besuchen, in denen wirkliche Berufsmusiker musizieren, und bei Abmachungen von Vergütungen darauf achten, daß ihnen von den Wirten keine sogenannten Hauskapellen empfohlen werden. Nicht nur Beamte treiben diese Konkurrenz, auch die Arbeitermusiker und Dilettantenvereine sind es, welche am Tage ihrer Beschäftigung haben und des Abends noch musizieren, natürlich weit unter Tarif. Auch hier ist besonders darauf zu achten, daß der Abendspende nicht schotiert wird. Darum Angestellte, Arbeiter sowie Gewerkschaften und Parteioorganisationen, achtet darauf, daß nur organisierte Berufsmusiker zu euren Vergütungen hinzugezogen werden; läßt Solidarität, indem ihr keine Beamte, Arbeitermusiker oder Dilettanten bestellt, sondern nur Berufsmusiker des Deutschen Musiker-Verbandes der Ortsverwaltung Berlin, Kaiser-Wilhelm-Strasse 31.

Transportarbeiter! Wahl der Delegierten!

Am Sonntag findet die Wahl der Delegierten zum Verhandlungstag statt. Alles Nähere darüber finden die Mitglieder im Inseratenteil. Die Partiteilnehmer der Jugendsektion der Wanderung am Sonntag, den 16. Juli d. J. — Groß-Besien-Päper Vordersee — üben ihr Wahlrecht zum Verhandlungstag in Königsmusterhausen aus. Verhandlungsbuch resp. Mitgliedskarte ist mitzubringen.

Streik-Ende im Kurz- und Spielwaren-Großhandel.

Auf Grund der einmütig erfolgten Arbeitsniederlegung in den Betrieben des Kurz-, Galanterie- und Spielwaren-Großhandels ist es am Mittwoch vor dem Schlichtungsausschuss Groß-Berlin zu einer Einigung in der kritischen Lohnfrage für die Monate Juni und Juli 1923 gekommen. Die neuen Verträge sind ab 15. Juli 1923 im Bureau des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Engelauer 24-25, Zimmer 31, zu haben.

Die Werkblätter für Betriebs- und Beamtenräte der Reichsbahn, herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Eisenbahn-Verbandes, sind von jetzt ab auch durch die Postanstalten zu beziehen, und zwar zum Preise von 15 M. pro Halbjahr für die monatlich einmal erscheinende Zeitschrift. Gegenwärtig liegt die Nr. 7 der Werkblätter vor. Sie ist 32 Seiten stark. Aus dem sehr reichhaltigen Inhalt der Nummer erwähnen wir die größeren Aufsätze: „Eisenbahnsachverständigen im Rahmen der Schlichtungsordnung“, „Anzeigensystem und Eisenbahnministerium“ (von B. Reiser, Berlin), „Mitwirkung bei Unfallversicherungen“ (von Oskar Zimmermann, Dresden).

Zur Richtfeststellung. In der Nr. 151 des „Vorwärts“ Ausgabe B vom Donnerstag, den 6. Juli, Abendausgabe, befindet sich unter Gewerkschaftsbewegung die Richtfeststellung der Eisenbahner, welche von der Berliner Ortsverwaltung mitgeteilt worden ist. Darin ist irrtümlich, infolge eines telephonischen Hörfehlers, Kleinlein als zur SPD. gehörend, angegeben. Genosse Kleinlein bitte uns, richtigzustellen, daß er Mitglied der USP ist.

Lohnsatz für Köchinnen im Bereich des Arbeitgeberverbandes freisozialistischer Städte. Der Stundenlohn beträgt: für Handwerker vom 1. Juli bis 15. Juli 1923 23 M., vom 16. Juli bis 31. Juli 24 M.; für angelernte Arbeiter 22 bzw. 23 M.; für ungelernete Arbeiter 21,25 bzw. 22,25 M.; für minderwertigfähige Arbeiterinnen 15 M.; für Frauen, Schwerarbeiterinnen 16 M.; für sonstige Arbeiterinnen 15 M. Zu diesem Lohn tritt eine Beihilfe von wöchentlich 15 M. für jedes Kind bis zum 8. vollendeten Schuljahr.

Schicht der Buchbinder und Papierverarbeiter. Betriebsrat und Vertrauensleute der beiden Verbände, Briefschloß- und Schlichtungsstelle: Freitag nachmittags 10 Uhr in den Drankel-Geleisen, Neumannstr. 27, mögliche Teilnahme. Das Erscheinen aller ist unbedingt Pflicht.

Verkehrsbetriebe und Postbetriebe der Buchbinder. Freitag nachmittags 4½ Uhr in den Drankel-Geleisen, Neumannstr. 27, mögliche Teilnahme. Tagesordnung: Bericht von den Lohnverhandlungen mit den Hauptbetriebsleitern. Das Erscheinen aller ist unbedingt Pflicht.

Wahl der Reichsbahnarbeiter. Freitag nachmittags 1 Uhr in den Drankel-Geleisen, Neumannstr. 27, für alle im Streik befindlichen Kolleginnen und Kollegen mögliche Teilnahme. Streikliste legitimiert.

Die Reichsbahn aus den Betriebsrat und Papierverarbeitungsstellen erhalten am Sonnabend früh in ihren Stempelkassettens nähere Nachricht über die für Sonntag angeordnete Besammlung.

Verband der Metallarbeiter-Verband. Montag nachmittags 1 Uhr im Reichsbahn-Verband, Engelauer 24-25, Saal 1. Allgemeine Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission von den letzten Verhandlungen. 2. Bericht über die Lohnfrage für den Monat August? 3. Bericht über die Wichtigkeit der Tagesordnung für das Erscheinen aller unbedingt erforderlich. Mitgliedsbuch ist mitzubringen und vorzulegen. Wir bitten zur leichtesten Zeit zu erscheinen.

Schicht der Buchbinder und -verarbeiterinnen aus allen Betrieben der Damenwäsche, Schützen-, Unterrockbranche. Freitag nachmittags 5 Uhr bei Wittig, Poststraße 13, Gewerkschaftsamt.

Verband der Arbeiter-Verband. Montag nachmittags 3 Uhr im Saal 3 des Gewerkschaftsamt, Anleitens oder Funktionäre Bericht von den Lohnverhandlungen. Kein Bericht darf fehlen.

Durch der deutschen Arbeiter- und Beamten. Mitgliederversammlung der Ortsverwaltung Köpenick III. Freitag, abends 7½ Uhr, im „Gartenhof“, Ecke Müller- und Seestraße.

Verbandstag der Fabrikarbeiter.

Frankfurt a. M., 11. Juli.

Am Dienstag wurde die Diskussion über die Geschäftsberichte fortgesetzt. Es kam noch eine stattliche Anzahl Redner zum Wort, die in ihren Gedankengängen der geistigen Ausprägung freu blieben. Dann folgten die Schlussworte der Berichterstatter, wobei besonders Vorstehender Brey die heutige wirtschaftliche Lage, in der Deutschland lebt, aufrollte und mit den Kritikern eine scharfe Abrechnung hielt.

Bei den Abstimmungen wurde zunächst mit 128 gegen 88 Stimmen der Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft abgelehnt, ebenso mit 90 gegen 105 Stimmen ein Antrag, der die Zusammenarbeit mit den christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften abgelehnt wissen wollte. Alle übrigen Anträge, darunter auch die, die der Produktion einen Tadel aussprachen, wurden gegen ganz geringe Minderheiten abgelehnt. Annahme fand folgende Resolution:

Der 14. ordentliche Verbandstag der Fabrikarbeiter Deutschlands stellt fest, daß nach der Vereinbarung mit den Arbeitgeberorganisationen im November 1918 unter anderem die Regelung der

Arbeitsbedingungen durch Kollektivverträge zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zu erfolgen hat. Diese Vereinbarung war die Grundlage der später gebildeten Arbeitsgemeinschaften. Die Vereinbarung belag nicht, daß die Regelung der Arbeitsbedingungen in den Arbeitsgemeinschaften erfolgen soll. Die Normen- und Lohnsätze auf kollektiver Grundlage sind dementsprechend auch zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen abgeschlossen worden. Einige Arbeitsgemeinschaften sind aber in eine engere Verbindung mit den Tarifgemeinschaften getreten, namentlich durch Übernahme der tariflichen Einrichtungen, wie Schlichtungsstellen und dergleichen.

Der Verbandstag erklärt in dieser engen Verbindung zwischen Tarif- und Arbeitsgemeinschaft eine Gefährdung des Tarifgedankens. In bezug auf die Regelung der Arbeitsbedingungen erachtet der Verbandstag die Loslösung von der Arbeitsgemeinschaft für notwendig und beauftragt den Hauptvorstand, in Zukunft mit den in Betracht kommenden Arbeitgeberverbänden Tarifverträge ohne Mitwirkung der Arbeitsgemeinschaft abzuschließen. Wo Tarifverträge mit den Arbeitsgemeinschaften verbunden sind, hat der Hauptvorstand dieses Verhältnis unter voller Wahrung der Interessen seiner Mitglieder tunlichst bald zu lösen.

Bei Beratung der vorerwähnten Vereinbarung vom November 1918 stellte sich die Notwendigkeit heraus, zur Durchführung einer paritätischen Organisation zu bilden: nämlich die Arbeitsgemeinschaft. Dieser wurde die gemeinsame Lösung aller der Industrie und des Gewerbe Reichslands berührenden Wirtschaft- und sozialpolitischen Fragen sowie aller so betreffenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsangelegenheiten übertragen.

Die Arbeitsgemeinschaft haben die Aufgaben in der Weise zu erfüllen gesucht, daß sie in Verbindung mit den Regierungsorganen wirtschaftliche Selbstverwaltungskörper und Außenhandelsstellen auf paritätischer Grundlage errichteten.

Die Befragung der wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper, Außenhandelsstellen und des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates ist Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft, und zwar auf Grund von Vorschlägen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, die den Arbeitsgemeinschaften angeschlossen sind. Durch Verordnung auf gesetzlicher Grundlage ist den Arbeitsgemeinschaften diese Befugnis zuerkannt. Der Verbandstag hält unter Mitwirkung in diesen Körperlichkeiten für notwendig. Daraus ergibt sich, daß der Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft solange nicht ratsam, bis eine andere gesetzliche Regelung der Befugnis dieser Stellen gebildet ist.

Frankfurt a. M., 12. Juli.

Den Bericht über den Gewerkschaftskongress gab Wollermann-Danzig, der sich besonders heftig gegen die vom Leipziger Gewerkschaftskongress beschlossene Form der Organisation wandte. Man habe durch die Annahme der Resolution Dismann einfach den Versuch unternommen, sich auf Kosten des Fabrikarbeiterverbandes Mitglieder zu sichern. Gegen eine solche Gewerkschaftliche Politik wendet sich der Berichterstatter ganz entschieden unter Beifall fast des gesamten Verbandstages. Im übrigen erklärt er sich mit den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses anverwandelt. Besonders die Schlußformel, die der Kongress in der Frage der Arbeitsgemeinschaft fand, hält der Redner für einen dankbaren Ausweg. Bekanntlich hat der Gewerkschaftskongress durch die Annahme der Resolution Mittel dem Bundesvorstand auch für die weitere Beteiligung an der Arbeitsgemeinschaft die Wege frei gemacht. Doch der Referent die Urheben des Verbandstages bei seiner Berichterstattung getroffen hat, zeigte die Aussprache, die fast den ganzen dritten Verhandlungstag in Anspruch nahm.

Hierauf wurde der Bericht der Statutenberatungskommission erörtert. Sie schlägt vor, die Beiträge in Zukunft in 14 Klassen einzuteilen, die bei 4 M. beginnen und mit 30 M. enden. In einer Zwischenklasse sollten in der Regel nicht mehr als 5 Beitragsklassen eingeschaltet werden. Dementsprechend wird auch für die Erwerbslosenunterstützung eine Revidierung getroffen: 14 Klassen werden vorgeschlagen, die mit 90 M. Unterstützung bei dem 4. M. Beitrag beginnen und, kufenweise steigend, in der 14. Klasse bei 20 M. Wochenbeitrag und, bei voller Unterstützungshöhe 1132 M. betragen. Das Strebequid schwankt zwischen 60 M. bis 1300 M. in der 1. Klasse und Gesamterwerbslosenunterstützung beträgt von 48 M. in der 1. Klasse bis zu 720 M. in der 14. Klasse. Abschließend sind alle anderen Unterstützungssätze geregelt. Den Filialen sollen 35 Proz. der Einnahmen bleiben, dafür dürfen sie aber keine Lokalschläge mehr erheben.

Die Debatte über den Bericht der Statutenberatungskommission füllte den ganzen vierten Verhandlungstag aus. Es wurden von den zahlreich zu Worte kommenden Diskussionsrednern verschiedene Dinge herangeführt. Soviel ist indessen aus dem Gang der Debatte zu ersehen, daß die Beitragregelung im Sinne der Kommission eine große Mehrheit finden wird.

Aus der Partei.

Zum Parteitag in Augsburg.

Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion werden folgende Genossen zum Parteitag nach Augsburg delegiert: Hoffmann, Kaiserlautern, Kahmann, Kister, Radbruch, Scheidemann, R. Schmidt, Simon-Augsburg, Wisel, Severing, G. Schmidt, Bender, Schumann, Feldmann, Giebel, Harleib, Sellmann, Hübnlich, Städtel, Pfaff, Schuch, Tesch. Als Ersatzleute wurden die Genossen Bernstein und Hellmann bestimmt. Berichterstatter der Fraktion ist Genosse Vogel-Franken.

Beamt. für den Reich. Teil: Franz Albin, Berlin-Glückselig; für Arbeiter: Ed. Gluck, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag u. Verlagsgesellschaft Gust. Singer u. Co., Berlin. Einzelnr. 1. Preis 1 Mark.

Hühneraugen

Hornhaut, Schwiele u. Warzen
besonders
schmerzlos
in Apotheken u. besseren Drogerien erhältlich
Gegen Fußschwell und Wundläufen Kukuruz-Fußbad!

Stoffe

für Herren- u. Damen-Bekleidung
beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise
Gertraudenstraße 20-21.

Tietz BILLIGE Lebensmittel

Verkauf nur soweit Vorrat

Neue Kartoffeln Pfund 6 ⁵⁰	Th. Rotwurst Pfd. 49 ⁵⁰
Kaninchen gefroren Pfund 27 ⁰⁰	Leberwurst in Dosen, ausgef. Pfd. 16 ⁰⁰
Feiner Portoriko-Tabak Kräutelschnitt, mild und wohlbeizhmlich 1-Pfund-Paket 39 ⁵⁰	Landleberwurst Pfund 49 ⁵⁰
	Große Mettwurst Pfund 72 ⁰⁰
	Kabliu kopflös, im ganzen, Pfd. 11 ⁵⁰
	Goldbars Pfund 8 ⁵⁰
	Schellfisch kleiner, Pfund 8 ⁹⁰

Leipziger Strasse	Alexanderplatz
Hammelgulasch Pfund 40 ⁰⁰	Kohlrabi Pfund 1 ⁸⁰
Gehacktes Pfund 50 ⁰⁰	Möhren Pfund 4 ⁷⁵
Kalbskamm Pfund 42 ⁰⁰	Wirsingkohl Pfund 5 ⁵⁰
Kalbskeule Pfund 45 ⁰⁰	Weisekohl Pfund 4 ⁵⁰
Hammelfleisch getroren Pfund 32 ⁰⁰	Gurken grüne... Stück von 9 ⁰⁰
Prima fettes Ochsenfleisch Pfund 50 ⁰⁰	Tomaten Pfund 15 ⁰⁰
	Stachelbeeren Pfund 9 ⁰⁰

Kaffee- mischung 10 Bohnen Pfund 26 ⁰⁰	Reis mit Tomaten 2-P. und- Dose 14 ⁵⁰
Feinster Maryland aus besten Tabaken hergestellt, feines mildes Aroma, 1/2-Pfd.-Pak. 26 ⁰⁰	